kanton glarus

Regierungsrat
Rathaus
8750 Glarus

Budget 2022 mit Integriertem Aufgaben- und Finanzplan 2023–2026
Beilage 3: Übersicht Stellenbegehren

Stellenbezeichnung	*Jurist/in / Ökonom/in*	*Techn. Fachspezialist/in 3*	*Sozialarbeiter/in Mandatsführung*	*Sozialarbeiter/in Sozialhilfe*
Verwaltungseinheit (Dep./HA/Abt.)	DFG / Gesundheit	DBU / Umwelt, Wald und Energie / Wald	DVI / Soziales / Soziale Dienste	DVI / Soziales / Soziale Dienste
Kostenstelle	20400	40400	50420	50420
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 210 % Anzahl Mitarbeiter: 3	Stellenprozente: 560 % (ab 01.2022 100 % an KST 40300) Anzahl Mitarbeiter: 7	Stellenprozente: 2520 % (davon 70 % befr. bis 12.2021) Anzahl Mitarbeiter: 36	Stellenprozente: 2520 % (davon 70 % befr. bis 12.2021) Anzahl Mitarbeiter: 36
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2020: 240'100 Fr. Budget 2021: 282’590 Fr.	Rechnung 2020: 591'152 Fr. Budget 2021: 626'200 Fr.	Rechnung 2020: 2'711'561 Fr. Budget 2021: 2'566'850 Fr.	Rechnung 2020: 2'711'561 Fr. Budget 2021: 2'566'850 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	- Gesundheitsversorgung - Gesundheitspolizei - Gesundheitsförderung und -prävention - Lebensmittelkontrolle - Veterinärdienst - Individuelle Prämienverbilligung	- Waldgesetz umsetzen - Naturnahe Waldbewirtschaftung sicherstellen - vor Naturgefahren schützen	- Berufsbeistandschaft - Zivilrechtliche Mandatsführung	- Wirtschaftliche Sozialhilfe (WSH)
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Die Stelle ist für 2019-2022 bewilligt. Aufgrund der Coronavirus-Pandemie verzögerten sich diverse vorgesehene Projektaufgaben (z. B. Spitalplanung, medizinische Grundversorgung, Umsetzung nationale Strategien). Die Stelle ist daher im Sinne der Planungssicherheit einstweilen frühzeitig um ein weiteres Jahr bis Ende 2023 zu verlängern. Auch mit dieser Stelle verfügt die Hauptabteilung Gesundheit über eine im interkantonalen Vergleich tiefe Stellendotation.	Die Waldbiodiversität ist von grosser Bedeutung für die Resistenz und Resilienz des Glarner Waldes in Hinsicht auf Naturereignisse und den Klimawandel. Auch der Schutzwald profitiert davon und damit die Bevölkerung und Infrastrukturen. Von 2016 bis 2019 gab es keine Vereinbarung mit dem Bund im Bereich Waldbiodiversität. Mit der mit dem Bund vereinbarten PV 2020 bis 2024 ist der Aufgabenumfang deutlich gestiegen bei gleichzeitig unverändertem Niveau der Aufgaben Waldreservate erlebbar machen (Waldperlen) und Forstdienst ausbilden. Auch hat der Bereich Waldbiodiversität neue Aufgaben betr. den schützenswerten Waldgesellschaften übernommen.	Per 1. Januar 2022 wechselt die mit der Jugendanwaltschaft eng zusammenarbeitende Sozialarbeitende mitsamt unbefristetem Stellenetat von den Sozialen Diensten (SD) zur Staats- und Jugendanwaltschaft. Da die SD diese Aufgabe seit 1. Juli 2019 jeweils mit befristet verfügbaren Stellenprozenten dotiert hatte verlieren sie mit dem Transfer eine unbefristete 50 %-Stelle. Die SD führen im Auftrag der KESB die komplexeren Mandate. Die Pro Senectute kann nicht alle Mandate der KESB übernehmen, die Altersbeistandschaften nehmen aber stetig zu. Dasselbe bei der Pro Infirmis, sodass die SD zahlreiche Mandate von psychisch beeinträchtigten Menschen führen. In den Vorjahren wurde die Stellendotierung im Mandatsführungsbereich zu Gunsten der Sozialarbeitenden in anderen Fachbereichen reduziert. Deshalb wurde im 2020 der Stellenplafonds für die Berufsbeistandschaft befristet für drei Jahre um 50 % erhöht. Bei einem Transfer der 50 %-Stelle zum DSJ ohne entsprechende Kompensation für die SD wird diese Erhöhung faktisch rückgängig gemacht. Und könnte zur Folge haben, dass die SD ihrem gesetzlichen Auftrag in der Mandatsführung nicht gerecht wird.	Von den für die Sozialhilfe zur Verfügung stehenden Stellenprozenten sind 70 % befristet und laufen am 31. Dezember 2021 aus. Zudem ist aufgrund der Corona-Pandemie mit einem Zuwachs in der wirtschaftlichen Sozialhilfe zu rechnen. Es werden auch mehr Flüchtlinge in die WSH wechseln, nachdem 2022 bei einigen die Bundessubventionen wegfallen werden. Bei den SD werden Leistungsträgerinnen in 2022 und 2023 pensioniert. Neu einzustellende Sozialarbeitende verfügen noch nicht über die nötige Expertise. Damit die Sozialhilfe auch in Zukunft ihre wichtigen Leistungen erbringen kann, sind personelle Ressourcen im Umfang von 50 % weiterhin zur Verfügung zu stellen.

kanton glarus

Stellenbezeichnung	*Jurist/in / Ökonom/in*	*Techn. Fachspezialist/in 3*	*Sozialarbeiter/in Mandatsführung*	*Sozialarbeiter/in Sozialhilfe*
Aufgaben/ Kompetenzen	- Mitarbeit bei strategischen Projekten; - Mitarbeit bei Gesetzgebungsprojekten; - Durchführung von Recherchen und Analysen.	- Waldreservate für die Bevölkerung erlebbar machen; - Forstdienst in Waldbiodiversität ausbilden; - Wald naturnah bewirtschaften (Kontrolle Massnahmen); - Naturschutz im Wald sicherstellen (Waldbiodatenbank und Ausgleichsmassnahmen für Waldbiotope).	- Beratung, Betreuung und Begleitung von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen gemäss den gesetzlichen Vorgaben der KESB; - Einkommens- und Vermögensverwaltung sowie Interessenvertretung gemäss Auftrag der KESB; - Administratives.	- Beratung und Begleitung von Erwachsenen zur beruflichen und sozialen Integration, professionelle Einzelfallhilfe; - Falldokumentation nach KLIB, Statistik; - Zusammenarbeitsvertrag, Evaluation, Besprechungsdokumentationen; - Koordination der verschiedenen Hilfsangebote mit anderen Institutionen; - Verfassen von rechtskonformen Weisungen, Verfügungen und Berichten; - Ausrichtung von Sozialhilfe.
Anforderungsprofil	- Hochschulabschluss in juristischer oder ökonomischer Richtung; - Kenntnisse im Gesundheitswesen.	- Naturwissenschaftliche Fachhochschul- oder Hochschulausbildung; - Kenntnisse in den Bereichen Waldbewirtschaftung, Waldbiodiversität und Projektleitung; - Praxiserfahrung im Bereich Waldbiodiversität.	- Studium in Sozialer Arbeit FH oder BSc und Erfahrung in gesetzlicher Sozialarbeit; - Gute kommunikative und administrative Fähigkeiten; - Hohe Sozialkompetenz und Teamfähigkeit; - Belastbarkeit sowie Durchsetzungsstärke.	- Studium in Sozialer Arbeit FH oder BSc und Erfahrung in gesetzlicher Sozialarbeit; - Gute kommunikative und administrative Fähigkeiten; - Hohe Sozialkompetenz und Teamfähigkeit; - Belastbarkeit sowie Durchsetzungsstärke.
Arbeitspensum	100 %	20 %	50 %	50 %
Dauer	Verlängerung um ein Jahr bis 12.2023	Unbefristet ab 01.2022	Befristet von 01.2022 bis 12.2023	Befristet von 01.2022 bis 12.2023
Lohnband	9	9	10	10
Lohnkosten	117'000 Fr.	22'000 Fr.	63'000 Fr.	63'000 Fr.
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (vom Gesetz / Bund verlangt) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☒ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☒ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung 2019-2022 ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (vom Gesetz / Bund verlangt) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung 2019-2022 ☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (vom Gesetz / Bund verlangt) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung 2019-2022 ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ neue Aufgabe (vom Gesetz / Bund verlangt) ☒ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung 2019-2022 ☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen

Stellenbezeichnung	*Sozialarbeiter/in Opferberatung*	*Jugendanwalt/anwältin*	*Gefangenenbetreuer/in*	*Gerichtsschreiber/in KG*
Verwaltungseinheit (Dep./HA/Abt.)	DVI / Soziales / Soziale Dienste	DSJ / Staats- und Jugendanwaltschaft	DSJ / Justiz / Gefängnis	Gerichtskanzlei
Kostenstelle	50420	60400	60552	15050
Personalsituation der Verwaltungseinheit:	Stellenprozente: 2520 % (davon 70 % befr. bis 12.2021) Anzahl Mitarbeiter: 36	Stellenprozente: 380 % Anzahl Mitarbeiter: 11	Stellenprozente: 460 % Anzahl Mitarbeiter: 4	Stellenprozente: 1140 % Anzahl Mitarbeiter: 13 (plus 200 % und 3 MA als befristete)
Lohnkosten (KA 3010.00)	Rechnung 2020: 2'711'561 Fr. Budget 2021: 2'566'850 Fr.	Rechnung 2020: 1'161'594 Fr. Budget 2021: 1'313 680 Fr.	Rechnung 2020: 0 Fr. Budget 2021: 482’215 Fr.	Rechnung 2020: 1'235’614 Fr. Budget 2021: 1'380’600 Fr.
Aufgaben der Verwaltungseinheit	- Opferberatung	- Erwachsenenstrafverfolgung; - Jugendstrafverfolgung; - Rechtshilfe in Strafsachen; - Administrativmassnahmen im Strassenverkehr.	- Gewährleistung des rechtmässigen Gefängnisbetriebes; - Betreuung und Überwachung der Eingewiesenen; - administrative Tätigkeiten (Statistiken, Journal, Buchhaltung, usw.).; - Erledigung von Aufträgen, auch von externen Firmen in Zusammenarbeit mit den Insassen; - Pikettdienst.	-
Erläuterungen zum Stellenbedarf	Die Zahlen in der Opferberatung sind über die Jahre stetig gestiegen. 2016: 123 Fälle, 2020: 231 Fälle. Die Coronavirus-Pandemie gibt den Fallzahlen nochmals einen «Schub», die ersten Monate im 2021 bestätigen einen erneuten Anstieg. Eine Hypothese ist, dass die breit abgestützte nationale Medienkampagne auch langjährige, chronifizierte Fälle von häuslicher Gewalt ans Licht gebracht hat und die Frauen sich nach Jahren des Leids fachliche Unterstützung holen. Die Zahl der von häuslicher Gewalt betroffenen Personen im Kanton Glarus stieg 2020 um über 40 %. Zur hohen Falllast kommen die gestiegenen Ansprüche des Bundes an den Opferschutz. Um der Klientel die angemessene Unterstützung bieten zu können, ist eine Erhöhung der Stellenprozente unabdingbar.	Ab der zweiten Hälfte 2018 bis 2020 verzeichnete die Staats- und Jugendanwaltschaft eine erhebliche Zunahme der Falleingänge im Bereich der Verbrechen und Vergehen. 2014-2017: 611 Anzeigen, 2020: 1148 Eingänge (+87,9 %). Jüngere Gesetzesänderungen wie die Einführung der Landesverweisung wirken sich aufwandsteigernd aus. Trotz Steigerung bei den Erledigungen nehmen die Pendenzen zu, und damit zu vermeidende Verfahrensstillstände. Bei den Verbrechen und Vergehen ist eine Stabilisierung der Eingänge auf dem sehr hohen Niveau von 2020 zu erwarten. Bei Übertretungsstrafsachen ist mit einer weiteren Zunahme – u. a. als Folge der Bewilligung zur Kontrolle und Überwachung des ruhenden Verkehrs durch die Gemeinden Glarus und künftig auch Glarus-Nord – zu rechnen (die Übertretungsfälle stiegen von 2019 auf 2020 von 1687 um 477 auf 2161 Fälle oder um 28,3 %). Es besteht personeller Handlungsbedarf zur Bewältigung des Arbeitsanfalls und um dem gesetzlichen Beschleunigungsgebot nachzukommen. Der Regierungsrat beschloss aufgrund der eingetretenen besonderen Geschäftslast zunächst, einen weiteren a. o. Staatsanwalt befristet für ein Jahr zu wählen. Nach Analyse der 2020 verzeichneten Zunahme der Geschäftslast beschloss der Regierungsrat	Rechnung 2020 - Kostenstelle Gefängnis war früher integriert in FS Justizvollzug. Ab Rechnung 2021 gesplittet und Gefängnis abgekoppelt. 20 Stellenprozente werden benötigt um das Stellenpensum bei zwei Gefangenenbetreuenden von 80 Stellenprozenten auf 100 % anheben zu können. Die akquirierten externen Arbeitsaufträge, welche durch die Insassen unter Anleitung der Gefangenenbetreuer erledigt werden, sowie die anzuvisierende Reduzierung der Einschlusszeiten bei den Untersuchungshäftlingen erfordern eine intensivere Betreuung und Überwachung. Eine Solche kann durch die Aufstockung der bestehenden Stellenpensen bewältigt werden. Momentan sind die Personalressourcen bei Ferienabwesenheiten oder Krankheit bereits kritisch. Es zeichnet sich ab, dass die bisherige Überbrückung von Ausfällen mit Personal einer externen privaten Sicherheitsfirma mangels kantonaler Rechtsgrundlage problematisch ist.	Aktuell verfügt das Kantonsgericht über drei Gerichtsschreiberstellen. Daneben bestehen seit 2020 eine befristete Gerichtsschreiberstelle. Am Kantonsgericht soll diese befristete Stelle 2022 weitergeführt werden. Diese Stelle soll ab 1. Juli 2022 in eine unbefristete Stelle umgewandelt werden. Wir verweisen hierzu auf die Ausführungen zur Justizreform (LG 2021: § 18 B. Gerichtsorganisationsgesetz). Die Stelle ist zur Bewältigung der Geschäftslast notwendig.

Stellenbezeichnung	*Sozialarbeiter/in Opferberatung*	*Jugendanwalt/anwältin*	*Gefangenenbetreuer/in*	*Gerichtsschreiber/in KG*
		die befristete Anstellung zweier zusätzlicher a. o. Staatsanwälte für ein Jahr. Es ist die Umwandlung einer der drei befristeten ausserordentlichen Staatsanwaltsstellen in eine unbefristete notwendig. Geplant ist, dass die zwei anderen ausserordentlichen Anstellungen bei Erreichen einer günstigen Pendenzenlage nicht mehr weitergeführt. Per Ende 2021 wird zudem die Leitende Jugendanwältin pensioniert, weshalb eine Nachfolge für die Jugendstrafsachen zu rekrutieren war. Zur Verhinderung des Ausfallrisikos und zur Schaffung von mehr Flexibilität soll diese auch in einem gewissen Umfang Fälle aus dem Erwachsenenstrafrecht bearbeiten, deshalb soll das bisherige Stellenpensum um 20 % erhöht werden.		
Aufgaben/ Kompetenzen	- Gewährleisten der Opferberatung und Opferhilfe im Rahmen der Soforthilfe gem. OHG Art. 2 und OHV des Kantons Glarus; - Führen von korrekten Verfahren inkl. «Intake», feststellen der Opferqualität und Zuständigkeit gem. OHG Art. 1; - Weiterleitung von Anträgen gem. OHV für längerfristige Hilfe, Entschädigung und Genugtuung; - Beratung und Begleitung von Kindern und Erwachsenen gemäss OHG, Krisenintervention, professionelle Einzelfallhilfe; - Verfassen von Anträgen und Berichten; - Koordination der verschiedenen Hilfsangebote.	- Führen von Strafuntersuchungen gegen Jugendliche und Erwachsene nach eidgenössischem und kantonalem Strafprozessrecht mit Schwerpunkt Jugendstrafsachen; - Vertretung der Staatsanwaltschaft im Haupt- und Rechtsmittelverfahren; - Leisten von Pikettdienst für die Staatsanwaltschaft inkl. Jugendstrafsachen.	- Sicherstellen eines ordnungsgemässen Gefängnisbetriebs; - Aufrechterhaltung der hohen Sicherheitsstandards im Gefängnis; - Führung, Versorgung und Betreuung der Gefängnisinsassen; - Kommunikation mit Amtsstellen (Polizei, Migrationsbehörde, Staatsanwaltschaft, Gericht); - Erstellen von Rapporten, Abrechnungen, Statistiken; - Administrativen und organisatorischen Arbeiten; - Wochenend- und Pikettdienst.	
Anforderungsprofil	- Studium in Sozialer Arbeit FH oder BSc und Erfahrung in gesetzlicher Sozialarbeit - Opferhilfekurs - gute kommunikative und administrative Fähigkeiten - hohe Sozialkompetenz und Teamfähigkeit - Belastbarkeit sowie Durchsetzungsstärke	- Abgeschlossenes juristisches Studium, evtl. Zusatzausbildung (CAS/MAS Forensics, Anwaltspatent); - Berufserfahrung (Gerichts- oder Anwaltspraxis bzw. Erfahrung im Strafrecht); - breite Lebenserfahrung; - Interesse an Jugendlichen und jugendspezifischen Themen.	- Abgeschlossene Grundausbildung mit einigen Jahren Berufserfahrung; - Integre, verantwortungsbewusste, teamfähige und verschwiegene Persönlichkeit mit einwandfreiem Leumund; - Psychische und physische Belastbarkeit sowie Aufgeschlossenheit im Denken und Handeln.	
Arbeitspensum	80 %	20 %	20 %	100 %
Dauer	Befristet von 01.2022 bis 12.2023	Unbefristet ab 01.2022	Unbefristet ab 01.2022	Unbefristet ab 07.2022
Lohnband	10	12	5	11
Lohnkosten	101'000 Fr.	36'000 Fr.	21'000 Fr.	138'000 Fr.
Grund für das Stellenbegehren	☐ neue Aufgabe (vom Gesetz / Bund verlangt) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung 2019-2022	☐ neue Aufgabe (vom Gesetz / Bund verlangt) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung 2019-2022	☐ neue Aufgabe (vom Gesetz / Bund verlangt) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung 2019-2022	☐ neue Aufgabe (vom Gesetz / Bund verlangt) ☐ Stelle finanziert sich selber (Erträge) / führt zu Einsparungen ☐ strategische Bedeutung der Aufgabe / Stelle ☐ Legislaturziel/Massnahme aus Legislaturplanung 2019-2022

Stellenbezeichnung	*Sozialarbeiter/in Opferberatung*	*Jugendanwalt/anwältin*	*Gefangenenbetreuer/in*	*Gerichtsschreiber/in KG*
	☒ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ politische Relevanz/Aktualität ☐ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen	☐ politische Relevanz/Aktualität ☒ wachsendes/zunehmendes Arbeitsvolumen